

Parlamentarischer Vorstoss. Antwort des Regierungsrates

Vorstoss-Nr.: 064-2016
Vorstossart: Motion
Richtlinienmotion: ☐
Geschäftsnummer: 2016.RRGR.285

Eingereicht am: 14.03.2016

Fraktionsvorstoss: Nein
Kommissionsvorstoss: Nein
Eingereicht von: Mühlheim (Bern, glp) (Sprecher/in)
Krähenbühl (Unterlangenegg, SVP)
Linder (Bern, Grüne)
Schenk-Anderegg (Schüpfen, BDP)

Weitere Unterschriften: 0

Dringlichkeit verlangt: Ja
Dringlichkeit gewährt: Ja 17.03.2016

RRB-Nr.: 503/2016 vom 4. Mai 2016
Direktion: Polizei- und Militärdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert
Antrag Regierungsrat: **Annahme als Postulat**



Eine politisch breit zusammengesetzte Begleitgruppe UMA und UMF ist notwendig!

Der Regierungsrat wird aufgefordert, zur Flüchtlingsthematik der UMA (unbegleitete, minderjährige Asylbewerber) und UMF (unbegleitete, minderjährige «vorläufig Aufgenommene») und insbesondere deren Integrationsmassnahmen im Kanton Bern eine politisch breit zusammengesetzte Begleitgruppe mit Mitgliedern aus dem Grossen Rat, der betroffenen Direktionen, Gemeinden und weiteren betroffenen Institutionen einzusetzen.

Begründung:

Im Bereich UMA und UMF sind verschiedene Direktionen und weitere öffentliche und private Stellen involviert, was hinsichtlich Gesamtüberblick und Schnittstellenbearbeitung eine Herausforderung darstellt. Auch die Kosten fallen je unterschiedlich an, was es ebenfalls schwierig macht, einen Kostenüberblick zu erhalten. Der Grosse Rat ist aufgrund der Aufsplitterung nicht in der Lage, die Entwicklungen in der Flüchtlingsthematik der UMA und UMF gesamthaft beurteilen zu können. Es braucht eine politisch breit zusammengesetzte Begleitgruppe aus Mitgliedern des Grossen Rates, die dieses Thema begleitet. Die Direktionen POM, GEF, JGK und ERZ sowie weitere Stellen sind ebenfalls in dieser Begleitgruppe für UMA und UMF vertreten.

Begründung der Dringlichkeit: Der starke und schnelle Anstieg von UMA und UMF, auch im Kanton Bern, macht es nötig, innert kürzester Zeit eine breit abgestützte, politisch legitimierte Begleitgruppe zu initiieren, die sich mit allen Fragen rund um die Zielgruppe befasst.

Antwort des Regierungsrates

Der Bund plant, den Asylbereich neu zu strukturieren, insbesondere mit dem Ziel der Verfahrensbeschleunigung. Der Regierungsrat hat die Polizei- und Militärdirektion sowie die Gesundheits- und Fürsorgedirektion beauftragt, die Stossrichtung „Integration von Beginn an durch die Gesundheits- und Fürsorgedirektion und konsequenter und schneller Vollzug durch die Polizei- und Militärdirektion“ und die damit verbundene Übergabe der Asylsozialhilfe von der Polizei- und Militärdirektion an die Gesundheits- und Fürsorgedirektion im Rahmen eines Projektes weiterzuverfolgen. Die Konzeptphase für das Projekt „Neustrukturierung des Asylbereichs Bern“ (NA-BE), welches bis Mitte 2019 umgesetzt werden soll, wurde gestartet.

Die Umsetzung der strategischen Fragen betreffend unbegleitete, minderjährige Asylbewerber UMA und unbegleitete, minderjährige Flüchtlinge (UMF) und deren Bearbeitung innerhalb von NA-BE werden unter der Federführung des Sozialamts der GEF mit Einbezug der POM, VOL, ERZ und JGK vorgenommen. Die Koordinationsgruppe hat die Arbeiten im Dezember 2015 aufgenommen. Die Ergebnisse fliessen in die zukünftige Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich ein. Innerhalb der Koordinationsgruppe wurde beschlossen, die Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich und die bisherigen Konzepte dem Grossen Rat voraussichtlich in der Novembersession 2016 zu unterbreiten.

Des Weiteren soll ab Juni 2016 ein Sounding Board eingeführt werden. Mit diesem sollen sich die wichtigsten verwaltungsexternen Vertreterinnen und Vertreter der Partner und Anspruchsgruppen im Asylbereich in die Erarbeitung der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich sowie der Detailkonzepte einbringen können. Sämtliche Mitglieder des Sounding Boards werden ihre politische und fachliche Sicht zum Entwurf der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich und zu den Detailkonzepten nach Abschluss der Konzeptionsphase geben können. Ziel dieses Informationsaustausches ist es, potenzielle Hindernisse rechtzeitig zu erkennen. Damit ist sichergestellt, dass bei Bedarf Anpassungen an der Gesamtstrategie für den Asyl- und Flüchtlingsbereich oder in der Detailkonzeption vorgenommen werden können, bevor der Regierungsrat und schliesslich der Grosse Rat ihre Beschlüsse treffen.

Der Regierungsrat begrüsst das Anliegen der Motionäre. Auf der Basis der Ergebnisse des Sounding Boards soll geprüft werden, wie eine politische Begleitgruppe im UMA/UMF-Bereich den aktuellen Prozess zielführend begleiten könnte. Der Regierungsrat beabsichtigt eine thematisch weitergefasste Einbindung im Rahmen des Projekts NA-BE und beantragt deshalb die Annahme als Postulat.

Verteiler

- Grosser Rat